

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

18. Dez. 1946

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Blatt 1852

## Gemeinderat

=====

Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Dr.h.c. Kömer die Beratung des Voranschlages 1947 fort. Der 3. Tag der Budgetdebatte wurde mit der Spezialdebatte über das 8. Hauptstück: Wohnungswesen eröffnet.

U.R. Mühlhauser (ÖVP) bezeichnete die Lösung der Wohnraumfrage als eine Frage der elementarsten Lebensbedingungen. Es ist Pflicht an ihre Lösung mit allem Ernst heranzutreten. Dazu wären vier Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Eine gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes.
2. Die rascheste Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Wohnungen.
3. Die Teilung von Großwohnungen, und
4. die Einstellung von Wohnungsbeschlagnahmen durch die Alliierten.

Zu dem letzten Punkt ist zu sagen, daß in einer Zeit wo es 21.700 Wohnungswerber der Dringlichkeitsstufe I gibt, die Besatzungsmächte uns doch nicht weiteren Wohnungsraum entziehen können. Auch die Einweisung von Privatpersonen durch die Alliierten muß aufhören, weil damit nicht immer die Bedürftigsten zu einer Wohnung kommen.

Der Redner stellte sodann fest, daß sich die Beamten des Wohnungsamtes im allgemeinen sachlicher und guter Arbeit befleißigen. Es gibt aber noch Stellen wo z.B. bei der Anlegung der Wohnungsakte und der Bewertungen nicht immer pflichtgemäße Obsorge waltet. Es dürfen auch nicht Wohnungen in Gemeindehäusern monatelang leer bleiben, nur weil andere Personen im Wohnungsamt über sie verfügen, als die zur Zuteilung Berechtigten.

Gemeinderat Mühlhauser verlangte dann die Schaffung eines Wohnungseigentumsgesetzes. Ein solches Gesetz würde bewirken, daß die Wiederherstellung des kriegsbeschädigten Wohnraumes in rascherem Tempo vonstatten gehen würde. Durch die Schaffung solcher Wohnungen würde der Wohnungsmarkt weiter entlastet werden. Da erwiesenermaßen viele Arbeiter und Angestellte ihre letzten Ersparnisse dazu verwendet haben, um solche Wohnungen instandzusetzen, kann es sich durch Schaffung eines solchen Gesetzes auch nicht um eine Bevorzugung finanziell bessergestellter Schichten handeln.

Der Redner hält es für besser, zur Ausnützung von Großwohnungen nicht Zwangstausche, sondern eine Teilung dieser Wohnungen vorzunehmen. Solche Wohnungsteilungen könnten ohne große finanzielle Mittel und ohne viel Baumaterial durchgeführt werden. Der Redner empfiehlt, daß die Gemeinde Wien zur gegebenen Zeit soviel Wohnungen als möglich bauen soll. Aber auch Staat und Privatinitiative müßten angeregt werden, um neuen Wohnraum zu schaffen. Besonderes Augenmerk und Unterstützung soll dem Bau von Siedlungen zugewendet werden.

Am Schlusse seiner Rede ersuchte Gemeinderat Mühlhauser, daß man im Interesse der Gesunderhaltung unserer Stadt auch kinderreiche Nazifamilien in Wohnungen unterbringen möge. Es ginge nicht an, daß Kinder dafür verantwortlich gemacht werden, weil ihre Väter der NSDAP beigetreten sind.

G.R. Maller (KPÖ) stellt am Beginn seiner Rede fest, daß das Wohnungsamt zu den schwierigsten Ressorts der Gemeindeverwaltung gehöre. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind vor allem der Mangel an Wohnraum, aber auch organisatorische Mängel. Es wäre gut sich einmal damit auseinander zu setzen.

Diese Schwächen führen zu einer unerhörten Überlastung der Beamten. Es gibt kein zweites Amt, wo die Beamten so sehr dem Druck der Parteien ausgesetzt sind. Wenn man die Leistung dieser Leute mit der Bezahlung vergleicht, muß man staunen, daß überhaupt so viel gemacht wurde. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, den Beamtenapparat rationeller einzusetzen und auch den Außenstellen, die bis jetzt nur damit betraut waren, die Recherchen durchzuführen, mehr Befugnisse einzuräumen.

Als weitere Unzulänglichkeiten bezeichnete G.R. Maller die noch immer provisorischen Einweisungen und die Einweisungen mit Fliegerquartierschein.

Der Redner trat dann im Namen seiner Fraktion auf das schärfste den Bestrebungen zur Durchlöcherung des Mieterschutzes entgegen und betonte, daß er diese Erklärung nicht für überflüssig halte, damit auch endlich jene Partei eine diesbezügliche Erklärung abgebe, die bisher immer wieder das Mieterschutzgesetz durchlöchern wollte.

Bezüglich des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes bedauerte G.R. Maller nochmals, daß es nicht vorher den drei Parteien vorgelegt worden sei und daß auch die Begründung, daß dieses Gesetz nur für die Bedürfnisse des Amtes geschaffen wurde, nicht stichhältig sei, denn ein solches Gesetz müsse wohl vor allem den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen.

Ich möchte aber auch versuchen, fuhr der Redner fort, einen Ausweg aus der Wohnungsnot zu zeigen. Das einzig wirklich wirksame Mittel wäre wohl ein rascher Neubau von Wohnungen. Eine zweite Möglichkeit ist aber auch, so rasch als möglich jene Wohnungen ausfindig zu machen, die mit wenig Mitteln instandgesetzt werden könnten. Dann noch die Erfassung aller Großwohnungen von vier Zimmern aufwärts, die Erfassung der Doppelwohnungen, worunter ich nicht die Schrebergartenhütte eines kleinen Beamten verstehe, sondern die Leute, die oft sogar drei Wohnungen besitzen. Ferner wenn man alle belasteten Nazi zusammenfaßte, womit ich nicht die Mitläufer meine, sondern vor allem die Ariseure. Auch die Wohnungen der faschistischen Ausländer könnten hier verwendet werden. Zum Schluß stellte G. R. Maller noch die Frage, was mit den Wohnungen der durchschnittlich 10 Familien geschieht, die wöchentlich aus Wien ins Ausland reisen. Er regte an, diese Räume vorher in Erfahrung zu bringen, um sie so unserem Wohnungsmarkt zuzuführen.

G.R. Johann Swoboda (SPÖ) erklärte, die im Verlaufe der Debatte aufgeworfenen Fragen können nur Teilfragen sein, die Hauptfrage ist, raschest alle zerstörten und beschädigten Wohnungen wieder aufzubauen, die uns der Krieg hinterlassen hat und darüber hinaus neue Wohnungen zu bauen. Nur so würde man eine bleibende Lösung des gesamten Wohnungsproblems erreichen.

Zu der im Wohnungsanforderungsgesetz aufgenommenen Bestimmung, daß mit privaten Mitteln durch Mieter oder Hausbesitzer wiederhergestellte Wohnungen von der Anforderung durch das Wohnungsamt befreit sind, muß festgestellt werden, daß solche Wohnun-

gen von den Hausbesitzern oder Hausverwaltern an Meistbietende verschachert werden. Es wurden oft 10.000 bis 15.000 Schilling für solche Wohnungen gefordert. Nach der noch heute bestehenden Kriegssachschadenverordnung hat aber auf solche Wohnungen der Altmietler das Hauptrecht. Es sollte darauf Bedacht genommen werden, daß dem Altmietler nicht sein Recht geschmälert wird. Es sollte versucht werden, in der heutigen Zeit der Not die Hausherrenvorschläge von vornherein auszuschalten.

Der Redner sprach sich gegen ein Wohnungseigentumsgesetz aus. Nur eine Sozialisierung des gesamten Hausbesitzes würde der Bevölkerung einen wirklichen Segen bereiten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Auf die von G.R. Mühlhauser (ÖVP) aufgeworfene Frage der Zuweisung von Wohnmöglichkeiten für kinderreiche Nazifamilien, erwiderte der Redner, daß ihm kein berücksichtigungswerter Fall bekannt sei, wo nicht getrachtet worden wäre solche Familien wenigstens in Untermiete einzuweisen. Er habe das Gefühl, daß die ÖVP hier schon wieder Versammlungsreden halte.

G.R. Swoboda verwies im weiteren Verlauf seiner Rede auf den Übelstand, daß viele Geschäftsportale wiederinstandgesetzt würden, während für den Bau von Wohnungen kein Material vorhanden sei.

Zum Schluß forderte G.R. Swoboda alle drei Parteien auf, gemeinsam zu erwirken, daß die Gesetze geschaffen werden, die es der Gemeinde Wien ermöglichen, planmäßig an den Wiederaufbau der zerstörten und an den Neubau von Wohnungen zu schreiten. (Beifall).

Stadtrat Albrecht machte in seinem Schlußwort die Mitteilung, daß <sup>die</sup> vielen Interventionen gegen die Wohnungsbeschlagnahmen durch die Alliierten bereits dazu geführt haben, daß diese die Notwendigkeit des angeforderten Wohnraumes in der Presse zu begründen versuchen. Die Besatzungsmächte haben auch bereits aufgehört in Wohnungssachen zu intervenieren. Es wäre zu wünschen, daß sie den von ihnen beschlagnahmten Wohnraum selbst überprüfen.

Was die noch zeitweiligen Mängel in der Arbeit des Personals des Wohnungsamtes betrifft, so wird versucht, diese durch eine entsprechende Schulung des Personals zu beseitigen.

Was die Teilung von Großwohnungen anlangt, so wird eine solche durchgeführt werden, wo sie nur möglich ist. Doppelwohnungen werden immer angefordert, wenn das Wohnungsamt von solchen

Kenntnis erhält. Da die Beamten des Außendienstes für eine intensive Ausforschung dieser Fälle nicht ausreichen, wird die Bevölkerung gebeten hier mitzuhelfen. Solange es auf dem Wohnungsmarkt eine Zwangswirtschaft gibt, muß das Wohnungsamt eine Möglichkeit haben, in allen Fällen eingreifen zu können.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Geschäftsraumlenkung gewidmet werden, besonders wegen der vielen Büroräume die unbeeidigt in Anspruch genommen werden.

Stadtrat Albrecht unterstrich dann die Wichtigkeit der Wohnungskommissionen, die einzig und allein berechtigt wären über Einweisungen zu bestimmen.

Was die Aufgaben der Aussenstellen des Wohnungsamtes anlangt, so sind diese in erster Linie dazu da, die Parteien in Wohnungsfragen zu belehren. Es soll ein eigenes Referat eingerichtet werden, das sich mit dem Wohnungstausch beschäftigen wird.

Zur Frage der provisorischen Einweisungen erklärte Stadtrat Albrecht, daß diese nach Inkrafttreten des Wazigesetzes sofort definitiv werden würden.

Hierauf erfolgte die einstimmige Annahme der Ansetze zum 8. Hauptstück.

Über das 9. Hauptstück des Voranschlages - Wirtschaftsangelegenheiten berichtete Amtsführender Stadtrat F 1 8 d 1 (ÖVP).

In dieser Geschäftsgruppe ressortiert der wirtschaftliche Teil des Wiener Schulwesens.

Wir haben gegenwärtig an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen 101.883 Schüler, um rund 23.000 Schüler mehr als im Vorjahre, was einer ungefähr 20%igen Steigerung entspricht. Die hohe Geburtenziffer im Jahre 1939/40 läßt im kommenden Schuljahr ein weiteres Ansteigen der Schülerzahl um 6-7000 erwarten.

Zahlreiche Schulgebäude sind durch die Kriegereignisse, wie ja bekannt ist, schwer beschädigt worden. Derzeit stehen für Unterrichtszwecke 295 Schulen in Benützung.

Für schulfremde Zwecke dienen:

- 18 Schulen sind von den Alliierten besetzt,
- 8 Schulen sind Flüchtlingslager,
- 12 Schulen finden als Spitäler, Ämter oder für Parteizwecke Verwendung.

Mit Rücksicht auf die sehr knappe Brennstofflage mußte mit Beginn der Heizperiode der Unterricht auf 164 Schulhäuser zusammengezogen werden.

Die Beschaffung der Lehr- und Lernmittel stößt auf grösste Schwierigkeiten.

Mitte November gelangten ein Sprachkundebuch, ein Lesebuch und ein Religionsbuch zur Neuausgabe. An den Hauptschulen werden 8 Lehrbücher neu aufgelegt.

An Schulmaterial benötigen wir jährlich:

- 1.000.000 Schreibfedern,
- 700.000 Schulhefte und
- 200.000 Bleistifte.

Der sehr intensive Studienbetrieb am Pädagogischen Institut der Stadt Wien wird ausser in der Zentrale Burggasse noch in drei Zweigstellen abgehalten und hat eine Steigerung der Frequenz von 1.429 Hörern im Sommersemester auf 2.290 Hörer im Wintersemester zu verzeichnen. Der Bücherbestand der Pädagogischen Zentralbücherei beträgt wieder rund 200.000 Bände, von denen in diesem Jahre bisher 49.932 Bände entliehen wurden.

An den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen ist die Schüleranzahl von 17.850 im Vorjahr auf 25.739 im laufenden Schuljahre gestiegen.

Die Handelsakademien sind mit einem Schülerstand von 1.900 unverändert geblieben.

Die gewerblichen und hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen weisen 1.076 Schüler auf. Nur die Wirtschaftsschulen weisen eine Senkung der Teilnehmerzahl um 12 % auf. Sie beträgt 1.498 Schüler.

Von den 10 Fortbildungsschulgebäuden sind an 8 bereits die Kriegsschäden behoben worden. Eine der drei vollständig zerstörten Werkstättenhallen im Zentralfortbildungsschulgebäude konnte vollkommen hergestellt werden.

Der Liegenschaftsbesitz umfasst derzeit im Raume von Groß-Wien 215.000.000 m<sup>2</sup>.

Die von den Nationalsozialisten vorgenommenen Veränderungen im städtischen Grundbesitz werden in vielen Fällen rückgängig gemacht werden müssen.

Der Haushalt einer Millionenstadt benötigt naturgemäss enorme Warenmengen der verschiedensten Art. Der Bedarf wird durch den Zentraleinkauf gedeckt, der zugleich auch eine Verbrauchskontrolle der einzelnen Dienststellen ermöglicht.

Der infolge der Kriegshandlungen in den städtischen Lagern entstandene Schaden durch Zerstörungen oder Entwendungen beträgt rund 2.800.000 Schilling. Bisher konnte allein der Verlust von 349 Schreibmaschinen festgestellt werden.

Der Jahresbedarf an Textilien für die Gemeinde ohne die städtischen Unternehmungen beträgt: 80.000 m Wollstoff zur Anfertigung von Uniformen und Dienstkleidern für die monturberechtigten Angestellten. 1.100.000 m Baum- oder Zellwolle für Bett-, Leib- und Operationswäsche. 75.000 Stück Strick- und Wirkwaren. 480.000 Stück Scheuer-, Staub- und Geschirrtücher u. dgl. 60.000 m Webwaren für technische und sonstige Zwecke.

Die die Bevölkerung aber am tiefsten berührende Frage, ist neben der Ernährung die Versorgung mit Bekleidung und Brennstoff.

Die Einführung der Lieferzusage hat in der Bevölkerung Unwillen hervorgerufen. Die Leute müssen von einem Geschäft ins andere laufen, bis sie endlich eine Lieferzusage erreichen. Die Lieferzusage allein berechtigt aber noch nicht zum Bezuge der verlangten Ware, sie ist ausserdem noch an den sogenannten Bezugschein gebunden, der nur bei nachgewiesenem Notstand ausgestellt wird.

Versuchsweise wurde in einzelnen Sparten die Auflassung der Lieferungsanträge vorgenommen, dies hat dazu geführt, daß die Kartenstellen bei der allgemeinen Not an lebenswichtigen Bedarfsgütern in einem Ausmaß beansprucht wurden, die deren Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigt. Anlässlich der ersten Ausgabe von 48.000 Paar Kontingentschuhen sind bei den 192 Kartenstellen rund 300.000 Anträge eingebracht worden. Zur Überbrückung des Notstandes in der Bekleidung standen verschiedene Hilfsaktionen zur Verfügung, die teilweise durch das Wohlfahrtsamt zur Ausgabe gelangten.

Aus der Alliiertenhilfe Amerika wurden rund 50.000 Zug-scheine für Kleidungsstücke verschiedener Art, sowie für Waschestücke ausgegeben. Diese Aktion, so dankbar wir für sie sind, hat den Nachteil, daß die Ausgabe nur an die Bevölkerung in der amerikanischen Zone und an Wiener, die derzeit bei den Amerikanern angestellt sind, erfolgen darf.

Gegenwärtig erfolgt auf Grund einer Sonderzuteilung des Handelsministeriums eine Ausgabe von 150.000 Paar Damen-, Herren- und Kinderstrümpfen.

Die derzeitige Lage auf dem Lebensmarkte ermöglicht für jeden Wiener nur 1 Paar Dopplarschuhe im Jahre und alle 5 Jahre ein Paar neue Schuhe. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau stellte aus einer Sonderaktion 30.000 Paar Schuhe zur Verfügung. Davon 19.000 Paar Straßenschuhe für Erwachsene, die weisungsgemäss zur Gänze dem Österreichischen Gewerkschaftsbund zur Verteilung überwiesen wurden. Die Aufteilung der restlichen 11.000 Paar Kinderschuhen erfolgt an die bedürftigsten Kinder im Einvernehmen mit den zuständigen Schulbehörden.

Bewirtschaftet werden weiters noch Möbel, Koch- und Heizgeräte, Haushaltsgegenstände, Bürsten und Besenwaren, Seife und Waschmittel.

Die Radioerzeugung ist seit kurzem wieder in bescheidenem Umfange angelaufen.

Neu zur Verteilung wurde dem Hauptwirtschaftsamt mit August die Autobereifung zugewiesen. Doch auch auf diesem Gebiete ist der Bedarf weit grösser als das Angebot, sodaß nicht einmal 10% der Ansuchen befriedigt werden können.

Nun zur Brennstoffversorgung. Bis Juli dieses Jahres lag die Aufbringung und Verteilung von Steinkohle, Braunkohle,



Briketts und Koks in den Händen der Alliierten. Erst ab diesem Zeitpunkte wurde die Kohlenaufbringung der österreichischen Zivilverwaltung übergeben. Aber auch jetzt noch kann die Kohlenaufbringung und Verteilung nur mit Zustimmung der Alliierten erfolgen, da wir im starken Maße auf Einfuhren aus dem Auslande angewiesen sind. Die Kohlenverteilung erfolgt durch die Oberste Bergbehörde monatlich auf Grund eines Verteilungsplanes, wobei die Industriekohle durch die Handelskammer zur Verteilung gelangt. Der Friedensbedarf an Kohle und Koks für die damaligen 21 Wiener Bezirke war rund 860.000 t<sup>jährlich</sup>. Für die Monate September, Oktober, November wurde eine Lieferung von 167.000 t H. Heubrandkohle zugesagt, die bei sorgfältigster Planung folgende Aufteilung zuliess:

Spitäler, Alters- und Kinderheime	100 %
lebenswichtige Betriebe	80 %
sonstige Betriebe	50 % und
die Haushalte mit	25 %

der auf ihrer Kohlenkarte eingetragenen Jahresmenge. Tatsächlich angeliefert wurden aber nur 125.000 t, sodass eine Minderanlieferung in diesen drei Monaten von 42.000 t erfolgte. Die Ursache der Minderanlieferung liegt darin, daß die Alliierten die monatliche Einfuhr aus Deutschland bereits im September von 140.000 t auf 115.000 t herabsetzten und ausserdem ihren eigenen Bedarf, den sie bisher selbst aufbrachten, in der Höhe von je 23.000 t, der im Oktober auf 24.000 t, im November ebenfalls 24.000 t und im Dezember auf 38.000 t erhöht wurde, ebenfalls aus diesem Kontingent deckten. Die Kohlenlage verschärfte sich durch das Ausbleiben des Wasserkraftstromes aus dem Westen, das zu einer verstärkten Erzeugung von kalorischem Strom in den beiden E-Werken zwang. Diese Belastung musste durch einschneidende Sparmassnahmen wettgemacht werden. Den Theatern, Kabarets, Kinos und Vergnügungsstätten kann Kohle oder Koks überhaupt nicht zugewiesen werden. Die gewerblichen Betriebe wurden ja nach Art ihrer Erzeugung entsprechend gekürzt.

Da die Anlieferung aus dem Ausland nur schleppend und ungenügend vor sich geht, erklärt es sich, daß von den 700.000 Haushalten etwa 250.000 Haushalte bis Ende November nicht mit

den für sie vorgesehenen 25 % ihrer Jahresmenge eingedeckt worden konnten. Die Wiener Gaswerke haben im November 14.000 t Koks erzeugt. Davon erhielten die Alliierten 4.000 t, die Bundesländer 3.000 t, für Wien verblieben 7.000 t, wovon die Spitäler allein 3.000 t benötigten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die steirischen Bergarbeiter anfangs dieses Monats eine Sonntagsschicht eingefahren haben und von dieser Produktion 500 t der Stadt Wien für ihre Humanitätsanstalten zur Verfügung stellten. Ihnen sei hierfür herzlichst gedankt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Die Kohleneinläufe haben seit ungefähr einer Woche endlich eine Wendung zum Besseren gebracht und wenn die Zufuhren im gegenwärtigen täglichen Ausmaße anhalten, wird es möglich sein, alle Haushalte, die noch kein Brennmaterial erhalten haben, bis zu den Feiertagen mit mindestens 50 kg Kohle oder Briketts zu beliefern und in kürzester Zeit den ihnen zustehenden Rest auszufolgen. Während es im Vorjahre noch möglich war, den Ausfall an Kohle durch Holzschlägerungen in Wien und Niederösterreich teilweise auszugleichen, ist dies derzeit kaum möglich, wenn wir nicht haben wollen, daß der ohnehin schwer devastierte Wienerwald der Vernichtung preisgegeben werden soll. Es wurde mit allen beteiligten Stellen ein Holzverteilungsplan ausgearbeitet, nach diesem sollen 66.000 rm von der Österr. Holzwirtschaftsstelle und vom Holzhandel hereingebracht werden, 40.000 rm, sogen. Russenholz, stammen von der vorjährigen Aktion des russischen Elements, ist bereits geschlägert, konnte aber noch nicht hereingebracht werden. 100.000 rm sollen in Wege einer Aktion des amerikanischen Elements aus Salzburg und Oberösterreich nach Wien kommen. Bei der Holz<sup>auf</sup>bringung müssen grosse Hindernisse überwunden werden, die die Beteiligten oft vor fast unlösbare Aufgaben stellt. Trotzdem konnten bisher insgesamt 70.000 rm für mit Holz befeuerte Betriebe und für Holzdauerbrandöfen in Haushaltungen ausgegeben werden. Mit Rücksicht auf den Mangel an Kohle und Holz wurden in vielen Betrieben, Krankenhäusern usw. die Feuerungsanlagen auf Ölföuerung umgebaut. Das im November zugewiesene Quantum von 2.040 t Heizöl reicht auf keinen Fall aus, um nur die wichtigsten Bedarfsträger versorgen zu können.

18. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1862

Es konnten daher private Zentralheizungsanlagen für Raumbeheizungen mit Heizöl nicht berücksichtigt werden.

Im November wurden der Stadt von der russischen Mineralölverwaltung über das Handelsministerium 1.300 t Petroleum zur Verfügung gestellt, das durch die 42 Tankstellen der Orop, aber auch durch einschlägige Einzelhandelsgeschäfte ausgegeben wird. Ungefähr 50 - 60.000 Haushalte haben in ihre Öfen Öl-brenner einbauen lassen, die mit Dieselöl zu speisen sind. Für den Monat Oktober wurden noch 1.350 t Dieselöl für Wien freigegeben, während im November nur noch 600 t zur Verfügung standen. Auch hier sind Bestrebungen im Gange, um wenigstens eine Verdopplung der Monatszuweisungen zu erhalten, damit den Bedürfnissen halbwegs Rechnung getragen werden kann.

Wenn ich die Lage auf dem Brennstoffsektor zusammenfassen darf, möchte ich abschliessend feststellen, daß die gegenwärtige Situation sowohl bei der Kohle, wie beim Holz, als auch beim Öl zwar sehr kritisch ist, daß aber doch die berechtigte Hoffnung besteht, daß wir über die grössten Schwierigkeiten hinwegkommen werden.

Stadtrat Flödl schliesst seine Ausführungen mit einem Dank an die Beamten, Angestellten und Arbeiter seiner Gruppe für die vielfach aufopfernde Tätigkeit im angelaufenen Jahre.  
(Lebhafter Beifall.)

In der Debatte nahm zuerst G.F. Dr. Soswinsky (KPÖ) das Wort. Er stellte fest, daß sich in der Verwaltungsgruppe IX die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik widerspiegeln. Die Gemeinde Wien verfügt nicht über die nötigen Kompensationsartikel, um das, was wir brauchen, aus dem Auslande einzuführen.

Das entscheidendste ist der Mangel an Kohle, der im Grunde jeden anderen Mangel bedingt. Ich glaube daher, daß der Schlüssel zu allen uns bewegenden Fragen in der Aufbringung der Kohle liegt. Es genügt aber nicht festzustellen, daß es diese und jene Schwierigkeiten gibt, sondern wir müssen uns vielmehr fragen, warum die Gemeinde keine Möglichkeit hat, mehr Kohle zu verteilen.

Der Redner kritisiert sodann mit ironischen Worten die Verhandlungen um die polnische Kohle, die unterbrochen wurden, weil die Polen die Entfernung reichsdeutscher Nazi aus den zuständigen Stellen forderten, und dies als ein Eingriff in die österreichische Souveränität betrachtet wurde. Erst als durch eine Besatzungsmacht diese Säuberung durchgeführt war, wurden die Verhandlungen, jetzt natürlich zu spät, fortgesetzt. Man hat dann auch bemerkt, daß die polnische Kohle viel zu teuer sei und deshalb versucht, Ruhrkohle nach Österreich zu bringen. Zum Schlusse aber stellte sich heraus, daß die Ruhrkohle dasselbe gekostet hat wie die vorher verschmähte polnische Kohle.

G.F. Dr. Soswinsky griff dann die ungerechte Verteilung der gelieferten Kohlenmengen an, von denen Wien nur 20 bis 30 % bekommen hat, beleuchtete aber auch die Mißstände im Warenverkehr mit dem Ausland und daß z.B. trotz der guten Weinernte Tirol Wein aus Italien gegen Zement bezogen habe, oder Weinstöcke aus Ungarn gegen Grubenholz, das in Österreich sonst nicht aufzutreiben ist, eingeführt wurden. Der Redner stellte zum Schluß fest, daß diese Machinationen letzten Endes eine Ausplünderung Österreichs bedeuten.

G.R. Marek (SPÖ) berichtete, daß es gelungen sei, außer den 203.700 den Schulkindern zur Verfügung gestellten Lehrbüchern eine Wiener Stadtfibel in einer Auflage von 28.000 Exemplaren herzustellen. Ein solcher Lehrbehelf in den Händen unserer Kinder wird sie nach der faschistischen Ära zu demokratischen Denken erziehen.

Der Mangel an Schulheften, Federn, Bleistiften und sonstigen Schulbehelfen sollte durch die Gründung von gewerblichen Betrieben, die diese Waren erzeugen würden, ausgeglichen werden. Auch Radiergummi und Lineale müssen aus dem Ausland eingeführt werden, weil wir nicht imstande sind, solche gewerbliche Betriebe ins Leben zu rufen.

G.R. Marek betonte, daß er den Optimismus des Stadtrates bezüglich der Brennholz- und Kohlenversorgung nicht teilen könne. Man hätte versuchen müssen, schon vor Einbruch des Winters das nötige Holz und die Kohle zu beschaffen. Erschwerend sei auch der Umstand, daß die zugesagten Lieferungen von Holz aus Oberösterreich bis jetzt nicht erfüllt wurden und auch die Taldbesitzer Niederösterreichs kommen ihrer Ablieferungspflicht nicht nach. Die Holzwirtschaftsstelle sollte die Säumigen zur Erfüllung der Ablieferung verhalten.

G.F. Marek schilderte den Leidensweg der Gewerbetreibenden bei Ansuchen von Kohlenzuweisungen beim Hauptwirtschaftsamt, nach welchem sie dann 50 kg Kohle bekommen. Man sollte den Gewerbetreibenden gegenüber einsichtsvoller sein und die Innungen beauftragen, die Kohlenscheine auszugeben.

Stadtrat Flödl, sollte sich weiters von der Sichhaltigkeit der dem Redner zugekommenen Mitteilung, daß es auf den Kohlenrutschen Aufseher gäbe, die durch Zahlung eines Trinkgeldes eigenmächtige Zuweisungen an Kohle vornehmen, ehest überzeugen.

Am Schlusse seiner Ausführungen forderte G.F. Marek, daß die Gemeinde Wien bei der Auswahl der Lieferfirmen sich erst über deren politische Verlässlichkeit informieren sollte. Es ist eine Ehre, mit der Gemeindeverwaltung in Geschäftsverbindung zu stehen. Wir wünschen, daß den Gewerbetreibenden und Kaufleuten jede Förderung gegeben wird, wir lehnen es aber ab, mit Firmen zu verhandeln, die wohl keine Nazi-Unternehmen sind, die aber noch heute versuchen, den nazistischen Geist fortzusetzen. Solche Firmen gehören geächtet und aus den Reihen der Kontrahenten gestrichen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

C.F. Gottfried Resniczek (ÖVP) bezeichnete die Versorgung Wiens mit Brennstoffen als eines der brennendsten Probleme. Alles was aber nur möglich war, wurde von der Gemeinde Wien auf diesem Gebiete unternommen. Wenn auch Wien wegen seiner Gastfreundschaft bekannt ist, so geht es aber nicht an, daß Angehörige

der Besatzungsmächte Kohle und Koks zum Preise von 1,-- bis 1,50 Schilling an Private verkaufen, während die Wiener Bevölkerung frieren muß.

Was die Bekleidung betrifft, so ist die Wiener Bevölkerung vollkommen verarmt und manche Arbeiter besitzen nur mehr ein einziges Hemd. Den Beamten auf den Kartonsstellen müßte zur Pflicht gemacht werden, sich politischer Äußerungen zu enthalten. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß eine Partei die Auskunft erhält, erst dann wäre der gewünschte Artikel zu bekommen, wenn die kommenden Neuwahlen vorbei wären. (Hört, Hört-Rufe bei der ÖVP).

Es gibt aber auch Probleme, deren Lösung außerhalb dieses Hauses zu suchen ist, das ist die Kontrolle über unsere eigenen Produkte und Erzeugnisse. Es geht nicht an, daß die Bevölkerung aufgefordert wird sich auf Heizöl umzustellen, wenn jetzt nicht einmal das für die Spitäler notwendige Heizöl geliefert wird. Hätte Österreich Zistersdorf vollkommen unter seiner Kontrolle, so hätte es die Möglichkeit, alle benötigten Rohstoffe im Kompensationswege beschaffen zu können.

Stadtrat Flödl verwies in seinem Schlußwort auf die Wichtigkeit der schon in diesem Winter funktionierenden und von den Alliierten garantierten Einfuhr der Ruhrkohle. Er kam in diesem Zusammenhang auch auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zu sprechen, die sehr schleppend vor sich gegangen sind, obwohl sie schon im Mai dieses Jahres eingesetzt haben. Während die Ruhrkohle durch die Lieferung von Strom beglichen wird und gegen einen Dollarkredit zu bekommen ist, wären wir bei Polen verpflichtet gewesen Kompensationsware abzugeben, deren Aufbringung derzeit nicht möglich ist.

Zu den Holzlieferungen aus den Bundesländern erklärte Stadtrat Flödl, daß aus Oberösterreich bisher 25.000 Kubikmeter Holz eingetroffen sind. Lieferungen aus Salzburg sind vorläufig ausgeblieben, sollen aber im Jänner erfolgen.

Der Redner versprach sodann, Vorsorge zu treffen, daß die Lieferanten der Stadt Wien auf ihre politische Verlässlichkeit geprüft werden. Es ist auch richtig, daß Angehörige der Besatzungsmächte Koks und Kohlen an Privatpersonen abgeben. Nach Überprüfung derartiger Fälle wird versucht werden diesen Unfug abzustellen.

Am Schlusse seiner Ausführungen machte Stadtrat Flödl noch die Mitteilung, daß die österreichisch-russische Erdölproduktionsgesellschaft sich bereit erklärt hat, für die Wiener Spitäler ein zusätzliches Kontingent an Heizöl zur Verfügung zu stellen.

Die dann folgende Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Ansätze des 9. Hauptstückes.

#### Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

#### Zur Kürzung der Gaslieferzeiten

=====

In einer Zeitungsmeldung wurde beanstandet, daß mit der Gaslieferung jetzt erst um 6 Uhr begonnen wird, daß dadurch die Berufstätigen, die zwischen 4 und 6 Uhr ihr Heim verlassen müssen, besonders betroffen werden und daß man die Misssprungszeit auf die Stunden von 8 bis 10 oder 11 Uhr verlegen möge.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Aufrechterhaltung des Gasdruckes während der Nacht, die in letzter Zeit eine wesentliche Verminderung der Gasunfälle bewirkte, derzeit wegen des Gasmangels unmöglich ist und durch ein Absperrn der Gaslieferung während der Vormittagstunden alle Wohlfahrtseinrichtungen (Spitäler, Werkküchen u.dgl.) sowie sämtliche industriellen und gewerblichen Betriebe, die auf Gasversorgung angewiesen sind, auf das schwerste betroffen würden.

#### Die Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen

=====

Am Montag, den 23. Dezember 1946, um 11.30 Uhr vormittag, findet in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien, (Rathaus, Aufgang über die Feststiege I) die Eröffnung der Schau "Neuerwerbungen der Städtischen Sammlungen seit April 1945" mit Gemälden und Plastiken älterer und zeitgenössischer Künstler - Künstlerwerkstätten - Gedächtniszimmer berühmter Wiener Persönlichkeiten (Architekten, Dichter), Kunstgewerbe und Neuerwerbungen des Uhrenmuseums statt.

In einer Zeitungsmeldung wurde beanstandet, daß durch die Gaslieferung jetzt erst um 6 Uhr begonnen wird, daß dadurch die Berufstätigen, die zwischen 4 und 6 Uhr ihr Heim verlassen müssen, besonders betroffen werden und daß man die Misssprungszeit auf die Stunden von 8 bis 10 oder 11 Uhr verlegen möge.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Aufrechterhaltung des Gasdruckes während der Nacht, die in letzter Zeit eine wesentliche Verminderung der Gasunfälle bewirkte, derzeit wegen des Gasmangels unmöglich ist und durch ein Absperrn der Gaslieferung während der Vormittagstunden alle Wohlfahrtseinrichtungen (Spitäler, Werkküchen u.dgl.) sowie sämtliche industriellen und gewerblichen Betriebe, die auf Gasversorgung angewiesen sind, auf das schwerste betroffen würden.

Über die Ansätze des 11. Hauptstücks des Voranschlages  
- Allgemeine Verwaltung - berichtete Amtsführender Stadtrat  
Afritsch (SPÖ):

Wien zählte im Jahre 1934, bezogen auf das Gebiet der Bezirke I - XXVI, 2,086.847 Einwohner. Im Mai 1946 hatte Wien 1,618.072 und am 24. November 1946 eine Einwohnerzahl von 1,684.712 erreicht. Es ist also ein Zuwachs von 66.640 Menschen zu verzeichnen, der sich leicht erklären lässt, durch die Zahl der Heimkehrer aus der Gefangenschaft oder der Emigration, aber auch durch Leute, die aus dem westlichen Österreich zurückkommen. Die Zahl der Männer beträgt 713.687 und die Frauen 971.025.

Auf je 10.000 der Bevölkerung starben 1930 123 Menschen. 1945 waren es im Durchschnitt 358, die höchste Sterbeziffer weist der April mit 526 auf. Das ist fünfmal so viel als in normalen Zeiten. Im März 1946 waren es aber nur mehr 234 Fälle und im Juli 1946 127. Die günstige Entwicklung in dieser Hinsicht hält weiter an und wir bemerken, dass wir uns der Friedenssterblichkeit nähern.

Noch deutlicher tritt dies bei der Säuglingsterblichkeit in Erscheinung. Auf je 1000 starben im Jahre 1930 50 Säuglinge, im Durchschnitt des Jahres 1945 191, im April 1945 war die Zahl siebenmal so hoch als in normalen Zeiten, nämlich 364, im Oktober 1945 nur mehr 145 und der Durchschnitt der Monate August, September und Oktober betrug nur mehr 66 gestorbene Kleinkinder.

Eine Gegenüberstellung der Sterbeziffern mit jenen der Geburten ergibt folgendes Bild: 1945 starben 55.319 Menschen, während 17.302 geboren wurden, es sind also dreimal mehr Menschen gestorben als geboren worden sind. Von Jänner bis September 1946 wurden 10.551 Geburten und 21.052 Sterbefälle gezählt. Hier beträgt der Sterblichkeitsüberschuss nur mehr 10.501. Im Monat Jänner wurden 849 Menschen geboren, aber 3.545 sind gestorben; im April stehen 1244 Geburten 2611 Todesfällen gegenüber und im August sogar 1571 Geburten 1538 Sterbefällen. Allerdings muss hierzu bemerkt werden, dass erfahrungsgemäss die Monate August und September die grössten Geburtenziffern aufweisen.



Die Staatsbürgerschafts- und Heimatrechtsangelegenheiten sind eine Hauptarbeit unserer Verwaltungsgruppe und ich spreche an dieser Stelle den Beamten dieser Abteilung meinen Dank aus. Es wird zwar oft über das mangelnde Tempo geklagt, aber ich kann ihnen versichern, daß alle Personen, die vor 1938 in Wien gewesen sind, mit einer raschen Erledigung rechnen können. Alle aber, die nach 1938 gekommen sind, können nur dann befriedigt werden, wenn es uns klar ist, daß sie sich in moralischer und politischer Hinsicht anständig verhalten haben. 13.034 Staatsbürgerschaftserklärungen wurden positiv erledigt und ebenso 3425 Einbürgerungen. Ich betone aber, daß keiner von diesen Eingebürgerten Nazi gewesen ist.

Eine Abteilung die uns noch immer sehr belastet, ist die Heimatrollenabteilung. Seit 1. Jänner 1946 wurden 107.600 Heimatscheine ausgestellt.

Die Umsiedlerstelle hat die Aufgabe, aus den Meldebogen der Ausländer jene herauszusuchen, die für den Wiederaufbau unserer Stadt nützlich sein können. Auch hier bekommen nur politisch einwandfreie die Aufenthaltsbewilligung. Wir haben insgesamt 9658 Aufenthaltsbewilligungen erteilt, die vor allem für Bau- und Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere Mangelberufe ausgestellt wurden. Jede dieser Aufenthaltsbewilligungen ist zeitlich befristet.

Unsere Heimkehrer- und Kriegsgefangenenfürsorgestelle hat von 1. August 1945 bis 1. Dezember 1946 162.154 ehemalige Kriegsgefangene betreut. 61.581 davon waren Wiener, 5000 Kriegsgefangene sollen in der nächsten Zeit aus Rußland heimkehren. Ein Transport ist schon angekommen und ein zweiter Transport ist in Ödenburg auf dem Weg nach Wiener Neustadt und heute noch werden 8 bis 900 Heimkehrer in Wien eintreffen. (Beifall). 585 ehemalige Gefangene sind heute Nacht, von Pisa kommend, in Wien angekommen. Eine eigene Wohlfahrtsstelle hat die Aufgabe, die Heimkehrer mit Geld, Straßenbahnfahrscheinen und Zigaretten zu beteuern. An die Bedürftigsten von ihnen wurden 9289 Anzüge und Wäschestücke und 1985 Schuhe oder Stiefel ausgegeben.

Über die registrierten Nationalsozialisten konnte Stadtrat Afritsch zum erstenmal mit genauen Ziffern Auskunft geben.

Insgesamt wurden 118.841 Nazi in Wien registriert, wovon 22.253 selbständig Erwerbstätige waren, 24.639 öffentliche Angestellte und nur 20.537 Privatangestellte, obwohl deren Zahl bedeutend größer ist. Es ist allerdings dabei zu bedenken, daß auf die ersten ein größerer Druck ausgeübt worden ist. Bei den öffentlichen Arbeitern allerdings ist die Zahl der Registrierten sehr gering, es sind 2434, während die Arbeiter in privaten Betrieben 17.323 Registrierte aufweisen.

Die Schöffnenlisten wurden in einem langen und schwierigen Verfahren aufgelegt. Rund 1.000.000 Formblätter wurden ausgefüllt. Vom Einspruchsrecht wurde nicht viel Gebrauch gemacht. Es liegen insgesamt nur 7 Einsprüche und 5 Befreiungsansuchen vor.

Das Preisbestimmungsamt hat etwa 8850 Preisüberprüfungen vorgenommen. Von der Abteilung für Gewerbeangelegenheiten sind in den letzten 11 Monaten 8063 Gewerbeberechtigungen erteilt worden. Es wurde schon erwähnt, daß die Zahl der Anmeldungen nicht so groß ist, wie vor dem Krieg, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz andere sind. Trotzdem glaube ich, daß zuviel Gewerbeberechtigungen erteilt werden und viele davon nur als Rückhalt für den Schleichhandel benützt werden. Ich habe daher Anweisung gegeben, die Berechtigungen rigorosser zu handhaben.

Die Bestellung und Abberufung von öffentlichen Verwaltern ist weiterhin notwendig. Nach dem neuen Verwaltungsgesetz sind die österreichischen Behörden wieder für die Einsetzung der öffentlichen Verwalter zuständig. Wir müssen aber auch die öffentlichen Verwaltungsbetriebe laufend überprüfen, 4500 Verfahren würden durchgeführt oder sind noch anhängig.

Von den Wiener Kinos sind 181 wieder spielfähig. Von diesen stehen aber nur mehr 56 in öffentlicher Verwaltung, da 59 über Anordnung der Alliierten der öffentlichen Verwaltung entzogen wurden. Diese 56 Betriebe haben im Jahre 1946 einen Umsatz von 15 Millionen Schilling aufzuweisen und ein Reinertragnis von 2.281.000 Schilling gebracht.

Wir versuchen, die Feuerwehr weiter auszubauen und ihre Schlagkraft zu erhöhen. Zu diesem Zwecke müssen drei Hauptaufgaben bewältigt werden, nämlich die Ausbildung der Feuerwehrleute für den Branddienst, die Vervollkommnung der technischen Hilfe und Ausrüstungsgegenstände und die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Feuerwachen. Daß hier schon große Fortschritte gemacht wurden, beweist die im heurigen Jahre erfolgreich durchgeführte Bekämpfung von 3 Großfeuern, 75 Mittelfeuern und 858 Kleinfedern. Ausserdem wurde unsere Feuerwehr in 4071 Fällen zu Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen, Hauseinstürzen usw. gerufen.

Eine der Hauptaufgaben von "Jugend am Werk" ist die, jungen Menschen bei der Berufswahl zu helfen. Es wurden 5249 Arbeitsvermittlungen vorgenommen. "Jugend am Werk" verfügt über 12 Bezirksstellen mit 18 Heimen, die im Winter als Wärmestuben den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Die vom "Jugend am Werk" erfassten Jugendlichen beteiligen sich an der Arbeit in den Lehrwerkstätten, sie leisten tatkräftige Hilfe im Landeinsatz, in den Kindergärten, bei Schutt- und Aufräumarbeiten, bei der Schwedenhilfe und im Spitalseinsatz. "Jugend am Werk" hat ausserdem 1.655 grössere und kleinere kulturelle Veranstaltungen durchgeführt.

Am Schlusse seiner Ausführungen betonte Stadtrat Afritsch, dass er und sein Personal immer ein Diener und Helfer der Wiener Bevölkerung sein werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Sitzung wurde um 12 Uhr unterbrochen und wird um 14 Uhr 30 mit der Spezialdebatte über das II. Hauptstück fortgesetzt.

#### Die Gasabgabe

=====

Infolge leichter Besserung der Gasversorgungs-lage wird morgen Donnerstag, den 19. ds. Gas bis 13 Uhr abgegeben werden.

Ob auch an den folgenden Tagen diese Gaslieferzeit beibehalten werden kann, ist derzeit noch ungewiß. Die Gasverbraucher werden daher aufgefordert, die täglichen Verlautbarungen der Ravag bezüglich der Gaslieferzeiten zu verfolgen.

Um 14.50 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zuerst gab Bürgermeister General a.D. Dr. h.c.Körner bekannt, dass die Gemeinderäte Hrastnig und Cäsar ihr Mandat zurückgelegt haben. Gemäss § 16 der Verfassung der Stadt Wien werden Frau Philomena Haas und Herr Julius Fischer als Ersatz in den Gemeinderat einberufen.

Nach der Angelobung der neuen Gemeinderäte nahm in der Spezialdebatte zum 11. Hauptstück Gemeinderat Bauer (ÖVP) das Wort. Er kritisierte das noch immer lange Zeit in Anspruch nehmende Verfahren bei Einbürgerungsansuchen. Er wolle nicht die Beamten beschuldigen, glaube aber, dass die Handlungsweise in diesem Amt nicht einem demokratischen Gemeinwesen entspräche.

G.R. Bauer wandte sich in diesem Zusammenhang dagegen, die sogenannten Volksösterreicher als Menschen zweiter Ordnung abzustempeln. Er stellte fest, dass diese Leute sehr arbeitsam und bescheiden seien und als Facharbeiter Wertvolles für den Wiederaufbau Österreichs leisten könnten. „Es muss klar ausgesprochen werden, dass diese Menschen wahre Kulturträger Österreichs sind.“

Zum Kostenbeitrag für die Polizei bemerkte der Redner, daß der Ansatz 8.000.000 Schillinge für das Jahr 1946 betragen habe, während er im Voranschlag für 1947 wesentlich gekürzt wurde. Wenn dies eine Kürzung des Polizeibudgets darstellen soll, müssten wir energisch dagegen Stellung nehmen. Ich bitte den Herrn Stadtrat darüber Aufschluss zu geben.

Hinsichtlich des Gewerber Rechtes betonte der Redner die Zwitterstellung die das Gast-, Kaffee- und Hotelgewerbe nunmehr einnehmen müsse, weil die Nazi im Jahr 1941 ein eigenes Gaststättengesetz geschaffen hätten und sich nun niemand dafür zuständig fühle. Auch hier müsste der verantwortliche Stadtrat die Dinge einer Lösung zuführen.

Zu der Abteilung für öffentliche Verwalter stellte der Redner fest, dass es hier doch langsam zu einer Konsolidierung der Verhältnisse käme, wenn auch noch immer Einiges zu bemängeln sei. Es war zwar nach den Tagen der Befreiung notwendig, rasch zuzugreifen, nun kommt es aber auch vor, dass Aufhebungsanträge schon monatelang bei dem zuständigen Amt laufen, obwohl es den Betroffenen gelungen sei, nachzuweisen, dass sie nie bei der

NSDAP waren. Ich möchte auch hier bitten, dass raschere Arbeit geleistet wird.

Abschliessend erklärte G.R. Bauer, dass seine Fraktion bisher mit den Abteilungen der Verwaltungsgruppe XI wenig Kontakt gehabt hätte, gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen würde, im neuen Jahr fruchtbringend zusammenarbeiten zu können. (Beifall bei den Parteigenossen.)

G.R. Dr. Altmann (Riö) sprach zuerst über das Kapitel Staatsbürgerschaft. Man müsse die Personen, die sich um die "Einbürgerung" bewerben, einer genauen Prüfung unterziehen. Es sollte vor allem vermieden werden, ganzen Personengruppen, die sich unter dem Schlagwort "Volksösterreicher", um die Staatsbürgerschaft bewerben, einzubürgern. G.R. Bauer habe in seinen Ausführungen dieses Wort "Volksösterreicher" geprägt. Die "Einbürgerung" von solchen Personen entspräche aber durchaus nicht dem Willen des Österreichischen Volkes. Unter den sogenannten "versetzten Personen" gibt es viele, die sich unter Hinweis darauf, daß sie einmal in der österreichisch-ungarischen Monarchie gelebt haben, um die Staatsbürgerschaft bewerben. Solchen Einbürgerungen sollte aber nur dann stattgegeben werden, wenn sie wirklich den Interessen Österreichs entsprechen.

G.R. Dr. Altmann sprach sich für eine Reform des Gewerbe-rechtes aus. Es sollte endlich einmal von dem altertümlichen unübersichtlichen Recht Abschied genommen und ein neues modernes Gesetz geschaffen werden. Die Gemeindeverwaltung selbst kann zwar ein solches nicht schaffen, aber sie sollte die Vorarbeiten leisten und damit dem Parlament die Grundlagen eines solchen neuen Gewerbe-rechtes vorlegen.

Durch die mit einigen Abänderungen erfolgte Annahme des Nationalsozialistengesetzes durch den Alliierten Rat werden der Verwaltungsgruppe XI in nächster Zeit große und wichtige Aufgaben erwachsen. Es soll daher heute schon Vorsorge getroffen werden, um diese rasch und eindeutig zu erledigen.

Auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens wurde schon viel Arbeit geleistet. Wien soll hier wieder an der Spitze der Großstädte Europas stehen.

Der Heimkehrerfürsorge, die zwar Aufgabe des Bundes ist, muss erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Wir alle hoffen zwar,

dass in den nächsten Monaten oder zumindest im Laufe des nächsten Jahres alle unsere Kriegsgefangenen zu Hause sein werden. Aber bis dahin muss die Heimkehrerfürsorgestelle die Heimkehrenden möglichst rasch wieder zu wirklichen Wienern machen und ihnen Heimstätten und Arbeitsplätze geben. Der Redner hält es für notwendig, die Heimkehrerfürsorge mehr auszubauen und die hierfür noch notwendigen Mittel im Wege eines Nachtragskredites heranzuziehen. (Beifall.)

Gemeinderat Gross (SPÖ) nahm darauf Bezug, dass bereits über 8.000 Gewerbescheine ausgegeben wurden und unterstrich die Notwendigkeit, alle diese Fälle zu untersuchen, da durch manche verzweifelte Existenzgründungsversuche die Not in bestimmten Gewerbegruppen vergrößert wird. Nach Ankündigung des Bundesministers Heinal wird in allernächster Zeit ein Gesetzesantrag auf Überprüfung der Gewerbescheine die seit dem Mai 1945 ausgestellt wurden, eingebracht werden. Es wäre aber zweckmässig auch alle zwischen den Jahren 1934 und 1945 angestellten Gewerbeberechtigungen zu überprüfen, weil sie nicht immer auf rechtlicher und richtiger Grundlage erteilt wurden.

Der Redner kam dann auf die geringen Leistungen der Meisterkrankenkassen zu sprechen, (Lebhafte Zwischenrufe der ÖVP-Gemeinderäte Bauer, und Dr. Kresse, die sich mit Personalfragen der Meisterkrankenkassen befassten und Entgegnungen auf der Linken, die den Vorsitzenden Bürgermeister Dr. Körner veranlassen, zur Ruhe zu mahnen.)

In Fortsetzung seiner Rede verlangte Gemeinderat Gross auch eine Änderung der bestehenden Gewerbeordnung.

Im Schlusswort bemerkte Stadtrat Afritsch zuerst, dass er in der angenehmen Lage sei, darauf hinzuweisen, dass die Angelegenheit der Meisterkrankenkassen nicht in sein Ressort falle und er daher nicht darauf eingehen könne.

Im wesentlichen ist hier über die Staatsbürgerschaft gesprochen worden. Ich erkläre noch einmal, dass wir in Österreich derzeit kein Heimat- sondern nur ein Staatsbürgerrecht besitzen und dass es unmöglich ist, alle Ansuchen im Ausschuss zu beraten, weil sonst die Antragsteller noch länger warten müssten als bisher.

Die Erledigungen könnten wohl rascher durchgeführt werden, aber die Hauptschwierigkeit liegt bei den Gutachten der Staatspolizei, die sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Das Innenministerium hat jedoch Erleichterungen versprochen. Stadtrat Afritsch schilderte die großen Schwierigkeiten die auch auf diesem Gebiete zu überwinden waren. Es waren keine Räume, keine Beamten vorhanden und die Gesetze mußten erst ausgearbeitet werden. Daß es trotzdem gelang, so viele Ansuchen positiv zu erledigen, danken wir den Beamten, die auch dann noch gearbeitet haben, als in den anderen Ämtern schon lange das Licht ausgegangen war.

Stadtrat Afritsch betonte sodann, daß er grundsätzlich gegen Gruppeneinbürgerungen Stellung nehme, weil er es nicht verantworten könne, Faschisten zu österreichischen Staatsbürgern zu machen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Einen Ausweg, auf den in der Debatte leider nicht hingewiesen wurde, stellen die Aufenthaltbewilligungen dar. Die Alliierten repatriieren die Betreffenden dann nicht.

Zur Frage der Berufslenkung der Jugend, die von großer Bedeutung ist, führte der Redner aus, daß im Augenblick drei Lehrwerkstätten für Holzarbeiter, Elektriker und Metallarbeiter in Betrieb sind.

Stadtrat Afritsch erwiderte sodann auf die in der Debatte an der Mag. Abt. 69 geübten Kritik und erklärte, daß man bei kritischer aber objektiver Betrachtung der ihm unterstehenden Geschäftsgruppe anerkennen müsse, daß alles getan werde die Wünsche der Antragsteller zu befriedigen und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

In der Abstimmung wird das 11. Hauptstück einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, leitete amtsführender Stadtrat Dr. Exel (ÖVP) ein.

Er behandelte zuerst den Wirtschaftsplan der Städtischen Gaswerke. Die Differenz der Budgetposten zwischen 1946 und 1947 ergab sich aus der Erhöhung des Preises der Kohle, der vom Weltmarkt bestimmt wird. Wir sind gezwungen, Kohle, und zwar die für die Gaserzeugung notwendige Fettkohle, zu importieren. Der Preis für diese Kohle, die wir aus dem Ruhrgebiet beziehen, beträgt seit 1. Oktober 1946 110 S pro Tonne; polnische Nußkohle kostet 134 bis 139 S und Feinkohle 116 S pro Tonne, während in den Wirtschaftsplänen für 1946 ein Preis von 34.5 Schilling vorgesehen war.

Diese Erhöhung der Weltmarktpreise wirkt sich aber bei einem anderen Produkt für unsere Wirtschaft günstig aus. Wir sind in der Lage Benzol und Toluol in die Schweiz zu exportieren. Der Inlandspreis für Benzol beträgt 750 S pro Tonne, der Schweizer Preis, umgerechnet zum Kurs von 2.30, 1400 Schilling pro Tonne. Es ist gelungen bei der Schweizerischen Nationalbank ein kommerzielles Konto zu eröffnen, dem diese Exporterlöse gutgeschrieben werden. Auf diese Weise können wir, unter der Voraussetzung, dass das Warenverkehrsbüro die Bewilligung erteilt, Importe durchführen.

Die Gaswerke verbrauchen 33.000 Tonnen Kohle im Monat. Diese reichen nicht aus, um den Gasbedarf zu befriedigen, es wurden daher Sparmassnahmen eingeführt. Gemeinsam mit Stadtrat Flödl will der Berichterstatter nun einen Plan ausarbeiten, der es ermöglichen soll, jedem Wiener wieder die Benützung seines Backrohrs zu sichern. Auf diese Weise wird Hausbrandkohle erspart. Es würden aber 48.000 Tonnen Kohle im Monat benötigt, dann könnte man das Gas Tag und Nacht mit nur einer Sperrzeit von 14 bis 18 Uhr unter Druck halten.

Das Stadtgas setzt sich derzeit aus drei Komponenten zusammen: aus Erdgas, Koks- und Generatorgas und Kollengas. Nur deshalb, weil wir Erdgas brauchen, sind in den letzten Tagen diese grossen Schwierigkeiten aufgetreten.

Stadtrat Dr. Exel berichtete sodann über die bisherigen Leistungen der Gaswerke. Es wurden 10.000 Meter zerstörte Gasrohre durch neue ersetzt, von 8 zerstörten Reglerstationen wurden 4 neu aufgebaut. Als besondere Heldentat der werkseigenen Arbeiter führte der Berichterstatter die Wiedereinbetriebnahme des kleinen



Gasbehälter in Leopoldau der einem Fassungsraum von 150.000 m<sup>3</sup> hat, an. Er bezeichnete die Arbeiter als "Helden des Alltags". (Allgemeiner: Beifall.) Leider wird es erst in 1 1/2 bis 2 Jahren möglich sein, den sogenannten "grünen" Gasbehälter, ein Wahrzeichen Wiens, wieder in Betrieb zu nehmen. Durch die Wiederinstandsetzung der zerstörten Benzolfabriken in Simmering und Leopoldau ist es erst möglich geworden, wieder Benzol zu exportieren.

Stadtrat Dr. Exel sprach dann über die Schwierigkeiten, die seinerzeit in Frankreich gekauften 1125 Tonnen Gasrohre in den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Österreich einzubauen. Es ist bisher nur gelungen, 800 Tonnen aufzunehmen.

Auf die Wiener Elektrizitätswerke übergehend, berichtete Stadtrat Dr. Exel, daß in den Kraftwerken Simmering und Engerthstraße Umbauten und viele Verbesserungen vorgenommen wurden. Um eine Katastrophe wie sie der 17. Oktober 1946 für die Wiener Stromversorgung bedeutete, in Zukunft zu vermeiden, sind Öltanks gepachtet worden, von denen bereits einer repariert ist. Dadurch wird die Anlegung einer Ölreserve für mehrere Tage möglich.

Zur Frage der Versorgung mit elektrischem Strom erklärte Dr. Exel, daß die Ursache des Mangels auch darin zu suchen sei, daß durch den Ausfall von <sup>2</sup><sub>be</sub> Hochleistungskesseln als Folge des Krieges und durch die Überanspruchung der Anlagen während der Nazizeit die Kapazität stark abgesunken ist. Dazu kommt, daß eine Verdopplung des Verbrauches vom Haushaltsstrom gegenüber 1937 eingetreten ist. Es ist aber vorgesehen, für jedes der beiden Kraftwerke einen Hochleistungskessel neu anzuschaffen.

Was die Wiener Verkehrsbetriebe betrifft, so nehmen dort die Personalauslagen eine entscheidende Stellung ein, sodaß sich jede Gehaltserhöhung sofort fühlbar auswirkt. Es hat sich eine Steigerung des Personalaufwandes von rund 46 Millionen Schilling auf mehr als 65 Millionen Schilling ergeben. Während vor dem Kriege 3600 Wagen vorhanden waren, gibt es jetzt nur 1835. In dieser Zahl sind jedoch schon ca. 800 Wagen eingerechnet, die zum Großteil in der eigenen Hauptwerkstätte repariert wurden, denn die einschlägige Privatindustrie war lange Zeit nicht in der Lage, Aufträge zu übernehmen. In unserer Hauptwerkstätte

sind 1195 Mann tätig. Für das Jahr 1947 ist als Beförderungsleistung vorgesehen bei der Straßenbahn und beim Stadtbahnbetrieb 550 Millionen Fahrgäste, beim Kraftwagenverkehrsbetrieb 5,636.000 Fahrgäste und beim Obusbetrieb 1,500.000 Fahrgäste. Wie sehr die E-Werke unter den Einwirkungen der Materialpreiserhöhungen zu leiden haben geht daraus hervor, daß z.B. bei Radreifen eine solche von 500 %, bei Kugellagern eine solche von 400 % und sogar bei Kleinigkeiten, wie es Schienenstreusalz ist, eine Erhöhung von 200 % eingetreten ist. Für die nächste Zukunft sollen neue Autobusse und Obusse angeschafft werden, die von inländischen Firmen hergestellt werden.

Stadtrat Dr. Exel besprach sodann den Wirtschaftsplan des Brauhauses der Stadt Wien und bemerkte einleitend, daß sich der Betrieb vor einigen Monaten noch viel leichter angeschlossen habe als heute. Die städtische Brauerei hat zwar noch für mehrere Monate Öl, doch bestehe die große Gefahr, daß keine Kohle zur Verfügung gestellt wird. An Hopfen konnte auf dem Kompensationsweg nur ein einziger Waggon herangeschafft werden. Von den 15.000 t Gerste, die angefordert worden waren, wurden nur 7.500 t bewilligt. Die Bierpreise, die bis jetzt 48 S pro Hektoliter betragen haben, werden wahrscheinlich auf ungefähr 72 S erhöht werden müssen. Der Bierausstoß selbst dürfte sich wie im Vorjahr auf ungefähr 100.000 Hektoliter belaufen. Die Grädigkeit des Bieres wird 0,8% betragen.

Die "Gewista" ist mit der Städtischen Bestattung eine jener Unternehmung, die mit positiven Zahlen kalkulieren. Der Erfolgsplan weist einen Geschäftsertrag von 1,750.000 S aus. Von dem Gebarungüberschuß kommen 168.550 S an die Gemeinde Wien zur Abfuhr, während 55.000 S als Rücklage Verwendung finden. Der positive Abschluß dieses Unternehmens hängt wohl mit der Monopolstellung wie auch mit der Entwicklung des Erwerbslebens zusammen. Bedauerlicherweise werden wir keine Planken als Werbeflächen zur Verfügung haben.

Bei der Städtischen Bestattung ergeben sich ebenfalls positive Ziffern. Der Jahresgewinn ist mit 200.000 S veranschlagt, doch wird der Gewinn aller Voraussicht nach bedeutend höher sein. Allerdings ist die Kriegskonjunktur vorüber und es wird mit durchschnittlich 20.000 Beerdigungsfällen gerechnet werden müssen.

Ein trauriges Kapitel ist der Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien. Der Wirtschaftsplan ist durch die schlechte Ernte des Jahres 1946 wesentlich beeinflusst. Die Ertragnisse der Feldfrüchte waren äusserst gering. Die Aufstockung des verlorengegangenen Viehbestandes konnte bis heute nicht durchgeführt werden. Bei den Zuckerrüben ist ein Ernteausfall von 2.000 Waggon zu verzeichnen. Der Milchertrag weist einen Ausfall von 4,500.000 Litern auf. Der Voranschlag schliesst mit einem Betriebsabgang von 1,469.000 Schilling, zu dessen Deckung dem Landwirtschaftsbetrieb nur mehr ein Betrag von 973.000 S zur Verfügung steht, sodass zuzüglich der Investitionskosten von 1,083.000 S 1,579.000 S ungedeckt bleiben. Ich hätte gerne grössere und bessere Erfolge berichtet, aber seien Sie versichert, dass die Arbeiter und Angestellten bestrebt sind, alles zu tun, um zum Wiederaufbau Wiens, und damit untrennbar verbunden, zum Wiederaufbau Österreichs beizutragen. (Lebhafter Beifall).

In der Spezialdebatte führte GR. Lauscher (KPÖ) aus:

Es ist charakteristisch für die Zeit, in der wir leben, dass die Städtische Bestattung und die Gewista aktiv und die übrigen fünf Unternehmungen passiv abschliessen. Wir wissen, dass mit zahlreichen Schwierigkeiten gerungen werden muss und nur allmählich eine Überwindung der Folgen des Krieges auf diesem Gebiete möglich ist. Die Arbeiter und Beamten stessen bei ihren Bemühungen auf Hindernisse, die ausserhalb ihres Wirkungskreises liegen. Ich meine, dass die allgemeine Wirtschaftslage, die Lage des Aussenhandels und das Fehlen einer Wirtschaftsplanung sich in den städtischen Unternehmungen widerspiegelt.

G.R. Lauscher wendet sich dann den städtischen Verkehrsbetrieben zu. In der Zeit der Verkehrsspitze ist es heute lebensgefährlich auf der Strassenbahn zu fahren. Das ist nicht verwunderlich, denn die städtischen Verkehrsbetriebe leiden grossen Mangel an Wagen. Die dadurch bedingte unerträgliche Mehrbelastung kommt in dem monatlichen Anfall an beschädigten Wagen zum Ausdruck. Es fehlt aber das für Reparaturen notwendige Material. Eine wesentliche Erleichterung unserer Verkehrsverhältnisse würde eine grosszügige und rasche Wiederherstellung unseres beschädigten Wagenparks mit sich bringen.

Trotz dieser ungünstigen Umstände ist es erfreulich, daß die städtischen Verkehrsbetriebe mit einer Leistungssteigerung im kommenden Jahre rechnen.

Der Redner sprach dann über die ungenügende Versorgung unserer Stadt mit elektrischer Energie und darüber, wie schwerwiegend es sich heute auswirke, daß es von früheren Gemeindeverwaltungen unterlassen wurde, die Entwicklung der Wasserkraftwerke zu fördern und Wien entsprechend an diesen Kraftwerken zu beteiligen.

Der Herr amtsführende Stadtrat hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß die städtischen Gaswerke Vorarbeiten treffen, um den Gasdruck auch während der Nacht aufrechtzuerhalten. Dies würde eine Steigerung unseres monatlichen Kohlenbedarfes auf 48.000 Tonnen bedeuten, und einen Jahresbedarf von 576.000 Tonnen Kohle ergeben. Bei einem Preis von 110 S pro Tonne ergibt dies eine Summe von rund 63 Millionen Schilling. Es ist daher verwunderlich, warum im Budget nur ein Betrag von 36 Millionen Schilling eingesetzt wurde. In diesem Sinne beanstandete G.R. Lauscher auch den Ansatz für den Erlös aus den Koksverkauf und beantragte, den dafür in den Voranschlag eingesetzten Betrag von 6,550.000 Schilling auf 22,925.000 S zu erhöhen.

Der Redner schloß mit den Worten: "Wir sollen einen gemeinsamen Kampf zum Aufbau einer Wirtschaft, die nur den Interessen unserer gesamten Bevölkerung dienen will, führen, denn darin liegt die Voraussetzung, daß auch die städtischen Unternehmungen einen entscheidenden Schritt vorwärts tun." (Beifall.)

G.R. Dipl. Kfm. Nathschlager (ÖVP) betonte die Notwendigkeit der Konzentration im Wiener Gemeinderat. Es müßten alle zusammenstehen, um die Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation gemeinsam meistern zu können. Die Abgangsziffern des Budgets seien nicht der Ausdruck einer schlechten Wirtschaft, sondern ein Ausdruck unserer derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage. Oberstes Gebot bei den Städtischen Unternehmungen und Betrieben müsse es sein, daß sie nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Dieser Grundsatz soll aber nicht nur hier, sondern überall dort gelten, wo Geld ausgegeben wird. Leider ist es so, daß es die Gemeinde Wien ganz gerne sieht, wenn die Unternehmungen einen Gewinn abwerfen, um dann über diesen

berschuß zu verfügen, während sie auf der anderen Seite die Auffassung vertritt, daß Verluste von den Unternehmungen selbst getragen werden müssen. Während die Gemeinde Wien sich in Nöten an den großen Bruder Staat wendet, steht sie bezüglich ihrer Töchter nicht auf dem gleichen Standpunkt.

Bei den Städtischen Unternehmungen ist festzustellen, daß sie überall mit hohen Kosten zu rechnen haben. Man kann aber nirgendwo ersehen, ob überhaupt alle notwendigen Anstrengungen gemacht wurden, um ein Defizit zu vermeiden. Es muß überhaupt gesagt werden, daß auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen, ein nur geringer Einblick in die Betriebsführung möglich ist. Es wird deshalb notwendig sein, daß in Hinkunft der Gemeinderat in einem stärkeren Ausmaß als bisher und unter Hinweis auf die hohen Abgänge einen größeren Einblick als bisher erhält. Wenn ein Defizit von 70 Millionen Schilling zu beurteilen ist, dann wäre es ein Versäumnis abschließen oder beschließen zu wollen, wenn man nicht weiß, wie sich die Dinge wirklich verhalten.

Der Redner verwies dann auf die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und überall dort Einsparungen vorzunehmen, wo es möglich ist. Endlich hätte sich aber auch die neugeschaffene Generaldirektion auszuwirken. Es müßte ein zentraler Einkauf und ein gemeinsames Inkasso für E-Werk und Gas-Werk erfolgen. Ferner wäre es auch wichtig, auf eine Vereinheitlichung des Rechnungswesens der Städtischen Unternehmungen hinarbeiten.

Im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien kam der Redner auf die Ablieferungspflicht und Ablieferungsbereitschaft zu sprechen. Er vertrat die Ansicht, daß der Anteil des Produzenten am Verkaufspreis ein entsprechend höherer sein müßte. Es wird sich aber das Problem von selbst erledigen, wenn Österreich wieder einmal seine neue und stabile Währung hat.

G.K. Dipl.Kfm. Nathschläger regte dann den Neubau von Straßenbahnwagen an und stellte fest, daß das Fahrpersonal der Wiener Verkehrsbetriebe ihren Dienst in bewundernswerter Weise versieht.

Ihm und darüber hinaus allen Arbeitern und Angestellten der städtischen Betriebe müsse gedankt werden. (Allgemeiner Beifall) Der Redner anerkannte dann die vielen Verbesserungen auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs und verlas einen Antrag der Gemeinderäte Unger und Ing. Rieger auf Einführung eines Pendelverkehrs auf der Strecke Gürtel-Döblinger Hauptstrasse bis Barawitzkagasse, als Ersatz für die Linie G<sub>2</sub>.

Der Redner forderte dann Massnahmen für eine Verbesserung des Verkehrs in der Inneren Stadt. In seinen weiteren Ausführungen machte GR. Nathschläger verschiedene praktische Anregungen, so die Wiedereinführung von Raucherwagen und der "letzten Blauen".

Trotz aller Kritik, fuhr der Redner fort, die wir im Interesse der Bevölkerung geübt haben, hoffe ich, dass es möglich sein wird, die Gemeindebetriebe auf das alte Niveau zu bringen, denn im jetzigen Stadium sind sie keine Propaganda für Verstaatlichungsprojekte. Wir hoffen, dass im neuen Jahr für die städtischen Unternehmungen wieder eine bessere Wirtschaftsepoche anbricht. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) bemerkte, dass sich gerade bei den städtischen Unternehmungen die ganze Kraft der geleisteten Arbeit zeige. Im vergangenen Jahr wurden von den Verkehrsbetrieben 618 Millionen Fahrgäste befördert, deren Zahl sich noch durch die nicht erfassten Schwarzfahrer erhöht. 250 km neue Leitungen wurden gelegt. Das sind wohl Leistungen, die sich sehen lassen können.

GR. Adelpoller würdigte auch die Leistungen des E-Werkes, das, wenn genügend Kohle und die moderne Kesselanlage vorhanden wäre, zwei Drittel des Wiener Strombedarfes decken könnte.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Frage der Aufnahme von Anleihen und trat für eine streng kaufmännische Betriebsführung bei den städtischen Unternehmungen nach dem Prinzip der Selbsterhaltung ein.

Nach Besprechung der Verwertung der Nebenprodukte bei der Gaserzeugung wendete sich der Redner dem städtischen Landwirtschaftsbetrieb zu.

Die Ergebnisse dieses Unternehmens zeigen uns, dass es günstig wäre, die gesamte Landwirtschaft unter dieselbe Kontrolle zu stellen, wie dies die Gemeinde tut. (Beifall bei den Parteigenossen.)

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Exel auf die einzelnen Anfragen und Anträge ein.

Den Antrag des G.R. Lauscher auf Erhöhung des Ansatzes für den Erlös aus dem Koksverkauf lehnte Stadtrat Dr. Exel mit der Begründung ab, daß dies die Vorwegnahme noch nicht erschlossener Einnahmen bedeute und damit den Grundregeln der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre widersprechen würde. Die Preisbehörde habe der Kokspreiserhöhung noch nicht zugestimmt. In eine lebende Bilanz kann kein Hoffnungsbetrag eingesetzt werden.

Bezüglich des Ausbaues der Wasserkraftwerke durch die Gemeindeverwaltung, stehe auch der Herr Bundesminister für Energiewirtschaft auf dem Standpunkt, daß dies Angelegenheit des Bundes sei.

Daß die E-Werke in ihrer Kalkulation den Kohlenpreis höher angesetzt haben als die Gaswerke, sei nicht richtig, denn gerade die E-Werke seien, was die Qualität der Kohle anlangt, sehr genügsam und es kann daher auch nur ein Preis von 60 S pro Tonne angenommen werden.

Was die Neuanschaffung von Straßenbahnwagen betreffe, bestehe derzeit leider nur ein Reparaturprogramm. Es muß getrachtet werden, vorläufig die 1460 schwer beschädigten Wagen zu reparieren. Jeder dieser Wagen erfordert 900 bis 1000 Arbeitsstunden. Von einer gut geleiteten Fabrik können in einem Monat höchstens 4 bis 7 reparierte Wagen geliefert werden. Die Kosten für die Neuherstellung eines Wagens würden ungefähr 200.000 S betragen. Es müßte aber mit einer Serienherstellung von mindestens 200 Wagen begonnen werden. Das allein würde einen Betrag von 40 Millionen Schilling ergeben. Ein Wagenbauprogramm kann daher nur im Wege einer Anleihepolitik in Angriff genommen werden.

Daß die Produkte aus den Landwirtschaftsbetrieben zur Ganze der Gemeinde Wien zukommen, ist wohl nicht möglich, da auch diese Betriebe im Rahmen der Bundesplanung ihrer Ablieferungspflicht nachkommen müssen.

In der Personalpolitik steht Stadtrat Dr. Exel auf dem Leistungsprinzip.

Einen leistungsfähigen Menschen wird man einstellen, den Untauglichen entfernen. (Beifall bei den Parteigenossen)

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe Städtische Unternehmungen und die vorgelegten Wirtschaftspläne wurden unverändert angenommen. Ein Antrag der GR. Unger und Ing. Rieger (ÖVP) betreffend die Einführung eines Pendelverkehrs auf der Strecke Gürtel- Döblinger Hauptstrasse wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Der Antrag des GR. Lauscher wurde abgelehnt.

Der Vorsitzende, GR. Thaller, teilte sodann mit, dass die nächste Sitzung des Gemeinderates Freitag den 20. Dezember 1946, um 15 Uhr nachmittags stattfindet. In dieser Sitzung wird das 1. Hauptstück des Voranschlages mit den Ansätzen über Personalwesen zur Beratung kommen. Im Zusammenhang damit werden die in den Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten getroffenen Vereinbarungen unter anderem die neue Dienstordnung und die neuen Gehaltsschemen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, zur Verhandlung kommen. Anschliessend daran wird sich der Gemeinderat mit einer Reihe anderer wichtiger Geschäftsstücke, die in den letzten Tagen von den zuständigen Ausschüssen und vom Stadtsenat vorberaten wurden, zu beschäftigen haben.

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr.

Der Beauftragte des Irischen Roten Kreuzes im Wiener

=====  
Rathaus  
=====

Der Beauftragte des Irischen Roten Kreuzes, Mr. Brady, der sich zur Zeit in Wien aufhält, um sich über die Lage der Bevölkerung zu informieren und Unterlagen für weitere Hilfsaktionen zu sammeln, wurde heute im Wiener Rathaus von Bürgermeister General Dr. h. c. Körner in Anwesenheit des amtsführenden Stadtrates für das Wohlfahrtswesen, Dr. Freund, und des Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Wien, Dr. Moser, empfangen. Mr. Brady gab der Meinung Ausdruck, dass die von Irland gespendeten Lebensmittelmengen wohl gross aber im Verhältnis zu der in Wien herrschenden Not, noch gering sind. Nachdem der Bürgermeister für die grosszügige Lebensmittelspende herzlichst gedankt hatte, schilderte Stadtrat Dr. Freund dem irischen Abgesandten die Verhältnisse im Wiener Wohlfahrtswesen und gab verschiedene Anregungen für neue Aktionen auf diesem Gebiete.



Verkehrsunterbrechung in der Taborstrasse  
=====

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe gibt bekannt. Wegen Behinderung des Strassenbahnverkehrs durch Abreißen der Hausruine Taborstrasse 65 wird am Donnerstag, den 19. Dezember 1946 der durchgehende Verkehr in der Taborstrasse auf die Dauer des Bedarfes unterbrochen. Die Züge der Linie C werden über die Praterstrasse abgelenkt.

Die Züge der Linie O werden von der Inneren Stadt nur bis zur Oberen Augartenstrasse und stadtwärts bis zur Nord-West-Bahn geführt.

Kein Detailverkauf am Sonntag  
=====

In den Tagesblättern erschien eine Benachrichtigung über die Geschäftszeiten am Sonntag, den 22. Dezember 1946.

Im Hinblick auf die indessen erfolgte Aufhebung der hiefür massgeblichen Ausnahmereordnung ist diese Benachrichtigung als überholt anzusehen.

Es gilt daher auch am 22. Dezember die Sonntagsruhe.

Schwedische Trockenmilch  
=====

Die schwedische Trockenmilchausgabe für die 3 bis 6 jährigen Kinder der Bezirke I., II., XV., XX. und XXVI, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, die für den 23. vorgesehen war, wird auf Freitag den 20. Dezember 1946 verlegt. Dieser Tag ist unbedingt einzuhalten.